

21.8 Parlamentarische Versammlung Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Stand: 31.3.2022

Am 2. und 3. April 1991 trafen in Madrid die Delegationen aus 34 Parlamenten der Staaten, die Mitglied der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) waren, zusammen. Sie beschlossen, die KSZE zusätzlich mit einer Parlamentarischen Versammlung auszustatten. Rechtsgrundlage für die Parlamentarische Versammlung ist die Charta von Paris für ein neues Europa (1990) sowie die Schlussresolution der Madrider Konferenz zur Schaffung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE (1991). Mit Wirkung vom 1. Januar 1995 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE begleitet den OSZE-Prozess mit dem Ziel, Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen und an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken. Sie umfasst Parlamentarier aus den 57 Teilnehmerstaaten der OSZE. Die Bundesrepublik Deutschland gehört der Versammlung seit ihrer Gründung (1992) an.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE sieht ihre Hauptaufgaben darin,

- den interparlamentarischen Dialog zu erleichtern,
- die Arbeit der OSZE-Exekutive parlamentarisch zu begleiten,
- die Umsetzung der Ziele der OSZE durch die Mitgliedstaaten zu beurteilen,
- die Themen zu erörtern, die im Ministerrat und auf Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs behandelt wurden,
- Mechanismen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung zu entwickeln und zu unterstützen,
- den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE Teilnehmerstaaten zu unterstützen und
- zur Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen.

Mit besonderem Nachdruck setzt sich die Versammlung für die parlamentarische Beobachtung von Wahlen ein. Die Anwesenheit von parlamentarischen Wahlbeobachtern unterstreicht, wie wichtig die Legislative als institutionelles Gegengewicht zur exekutiven Gewalt ist. Seit 1997 besteht eine enge Kooperation mit dem Büro der OSZE für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) bei Wahlbeobachtungsmissionen.

Die Versammlung hat ihren Sitz in Kopenhagen und finanziert sich ausschließlich aus Beitragszahlungen der Mitgliedsparlamente. Ein Verbindungsbüro zur den Organen der OSZE besteht in Wien.

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten seit 1990 Funktionen in der Versammlung inne:

Ämter	Deutsche Amtsinhaber
Vizepräsident/-in	<i>Willy Wimmer</i> (CDU) (1994–2000) <i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (2000–2003) <i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (2002–2005) <i>Doris Barnett</i> (SPD) (2013–2015)
Schatzmeister/-in der OSZE PV	<i>Hans Raidel</i> (CSU) (2007–2009) <i>Doris Barnett</i> (SPD) (2015–2019)
Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus	<i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (2004–2008)
Sonderbeauftragter der OSZE PV für den Ostseeraum	<i>Jürgen Klimke</i> (CDU) (2015–2016)
Sonderbeauftragte der OSZE PV für Osteuropa	<i>Daniela De Ridder</i> (SPD) (2020–2021 und seit 2022)
Sonderbeauftragter der OSZE PV für Südosteuropa	<i>Michael Georg Link</i> (FDP) (seit 2022)
Ausschussvorsitz:	
Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	<i>Rita Süßmuth</i> (CDU) (1993–1995)
Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	<i>Freimut Duve</i> (SPD) (1995–1998) <i>Gert Weisskirchen</i> (SPD) (1998–2002)

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Internationale parlamentarische Versammlungen

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.7.